RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND GESUNDHEIT

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/3048
VORLAGE

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Familie, Jugend, Integration
und Verbraucherschutz
Frau Anke Simon
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

27.12.2022

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Ref. PUK		Anke Lips	06131 16-2855
Bitte immer angeben!		Anke.lips@mwg.rlp.de	06131 16 172855

15. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 07.12.2022

TOP 2: Alarmierender DAK Report zur Kinder- und Jugendgesundheit – Implikationen für Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der AfD
V 18/2428

Sehr geehrte Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz wurde der Sprechvermerk zugesagt, dieser Bitte komme ich gerne nach.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch

Ausschuss für Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 07.09.2022

AfD nach § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT

Betreff: „Alarmierender DAK Report zur Kinder- und Jugendgesundheit - Implikationen für Rheinland-Pfalz“.

(Vorlage 18/2428)

SPRECHVERMERK

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen und deren gesundes Aufwachsen sind wichtige Ziele der Landesregierung. Modellprojekte ebenso wie strukturbildende Maßnahmen in ambulanter wie auch stationärer Versorgung, werden dabei in den verschiedenen Lebenswelten adressiert und implementiert. Bevor ich einen Überblick über einige dieser Maßnahmen gebe, möchte ich kurz auf die Daten des DAK-Berichts eingehen und diese einordnen.
Zweifelsohne rückte die Corona-Pandemie die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen – aber auch von Erwachsenen – verstärkt in den Blickpunkt. Erste Analysen zeigen die Auswirkungen dieser besonderen Herausforderungen und Einschnitte in den Alltag.

Der in der Anfrage angeführte DAK-Report greift bundesweite Daten der DAK-Versicherten Kinder- und Jugendlichen heraus und beschreibt Vergleiche von Inzidenzraten der Erstdiagnosen, d.h. Neuerkrankungsraten, der Jahre 2019 bis 2021. Es sind rd. 800.000 Kinder und Jugendliche in die Datenauswertungen inkludiert, was 5,7% aller Kinder und Jugendlichen im Jahr 2021 im Bundesgebiet ausmacht. Hierbei sind Personendaten abgebildet.

Die Daten legen nahe, dass bei Mädchen insb. im Alter von 15-17Jahren die Inzidenzraten der Erstdiagnosen

- von Depressionen von 33,9 Fälle auf 40 Fälle je 1.000 (+18%), sowie

- von Ängsten von 28,6 Fälle auf 35,4 Fälle je 1.000 (+54%),
- von Essstörungen von 6,3 auf 9,8 Fälle je 1.000 (+24%) bundesweit zunahmen.

Bei den bei der DAK-Versicherten Jungen zeigt sich in der gleichen Altersspanne hingegen eine Abnahme der Inzidenzraten der Erstdiagnosen

- von Depressionen von 14,3 Fälle auf 12,1 Fälle von 1.000 (-15%) und
- Ängsten von 12,5 Fälle auf 11,3 Fälle von 1.000 (-9%)
- Bei Essstörungen sind Jungen grundsätzlich weniger häufig betroffen als Mädchen, d.h. vor wie auch während der Pandemie. Auch hier sanken die Betroffenenzahlen von 1,7 Fälle auf 1,6 Fälle von 1.000 (-4%).

Diese bundesweiten Daten der DAK-Versicherten bilden nur eine Teilmenge der gesetzlich Krankenversicherten ab, geben jedoch Hinweise auf die zusätzlichen Belastungsfaktoren insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch schwächeren Familien und Mädchen.

Diese Daten werden durch Abrechnungsdaten der Kassenärztlichen Vereinigung RLP (KV) teils gestützt. Bei den Daten der KV RLP sind Diagnosedaten abgebildet, d.h. eine Person kann mehrere Diagnosen haben und damit mehrfach in der Statistik eingegangen sein. Zudem wird in den Daten nicht zwischen Jungen und Mädchen differenziert. Bei Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 0-19 Jahren zeigt sich in RLP im gleichen Zeitraum eine Zunahme der Behandlungsfälle von Depressionen um +15,9% und von Angststörungen um +20%. Die Daten der KV RLP geben jedoch einen Rückgang von Behandlungsfällen bei Essstörungen um -2,5% an.

Eine erhöhte Sensibilität für die Unterstützung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist vor diesen Hintergründen unbedingt angezeigt.

Es erweist sich als hilfreich, dass es in RLP bereits bewährte Strukturen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit gibt; aber auch neue Maßnahmen wurden und werden initiiert. Auf einige wenige ausgewählte Maßnahmen möchte ich folgend eingehen.

Es werden in unseren Bildungseinrichtungen seit langem diverse Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention umgesetzt; das erreicht eine breite Masse von Kindern und Jugendlichen. Exemplarisch möchte ich das Programm „MindMatters“ nennen, welches seit 2018 für rheinland-pfälzische Schulen kostenfrei angeboten wird. Es handelt sich um ein erprobtes und wissenschaftlich fundiertes Schulprogramm, dessen Ziel die Förderung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften und damit die Verbesserung der Schulqualität insgesamt ist. Im Rahmen dieses Programms gibt es ein „Corona-Spezial“, das spezifische Übungen für alle Jahrgangsstufen und Schulformen zur Förderung des Sprechens über eigene und fremde Gefühle, der Kommunikation, Partizipation, Freundschaft sowie des Zugehörigkeitsgefühls zur Klasse und zur Schule umfasst. Seit 2018 nahmen über 200 Lehrkräfte an MindMatters-Lehrerfortbildungen teil.

Um das schulische Personal für den Umgang mit psychischen Auffälligkeiten zu sensibilisieren und konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler aufzuzeigen, bietet das Pädagogische Landesinstitut zudem gezielte Fortbildungen an (z.B. Stark im Stress - moderierte Gesprächsgruppen für Schülerinnen und Schüler; Belastete Kinder und Jugendliche in der Schule - Erkennen, Verstehen, Unterstützen). Weitere Maßnahmen sind in der Planung und Umsetzung.

Neben Projekten und Programmen wie diesen, gibt es bestehende und bewährte Strukturen in RLP, die die Stärkung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Lebenswelten adressieren und integrierte Vorgehensweisen möglich machen.

Auch wurde kürzlich eine Kooperationsvereinbarung zwischen Bildungsministerium, Gesundheitsministerium und dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für die Umsetzung des Projektes „Verrückt? Na und!“ vor dem Hintergrund der Umsetzungen zum Präventionsgesetz in RLP unterzeichnet. Ziel dieses Projektes ist es Schülerinnen und Schüler mit Betroffenen in den Austausch zu bringen und somit Information und Aufklärung über psychische Gesundheit und Krankheit zu geben und damit zur Entstigmatisierung beizutragen.

Eine sehr bewährte Struktur ist das Landeskinderschutzgesetz, welches in RLP seit 2008 gilt. In dessen Rahmen werden alle Kinder und ihre Sorgeberechtigten regelhaft zu den Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U9 eingeladen und daran erinnert. Für die J1 besteht in RLP das Einladungswesen. Die Teilnahmequoten sind seit Jahren auf sehr hohem Niveau: 97% der rheinland-pfälzischen Kinder und Jugendlichen nehmen an diesen Untersuchungen teil und profitieren von diesem Vorsorgeangebot – auch während der Pandemie. Die Früherkennungsuntersuchungen erweisen sich somit auch dieser Tage als wichtiger struktureller Bestandteil zur Stärkung der Kinder- und Jugendgesundheit.

In den rheinland-pfälzischen Kommunen gibt es darüber hinaus die lokalen Netzwerke „Kinderschutz und Frühe Hilfen“ nach dem Landeskinderschutzgesetz, die bei den Jugendämtern verortet sind. Diese lokalen Netzwerke sind wichtige Austauschplattformen für alle Fachkräfte, die an Schulen, Kindertagesstätten, Jugendhilfeeinrichtungen, Psychiatrie, Polizei, Justiz und der Gesundheitsbereich tätig sind.

Zudem haben wir die Prävention psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen durch Angebote für Kinder von psychisch und/oder suchtkranken Eltern verstärkt in den Fokus gerückt. Denn diese Kinder haben ein 3 bis 4-fach höheres Risiko, selbst psychisch zu erkranken. Seit der Novellierung des Landeskinderschutzgesetzes im November 2020 stehen den Jugendämtern jährlich zusätzlich 750.000 Euro für Beratungsangebote, Gruppen- und Austauschtreffen, Informationsveranstaltungen und familienunterstützende Maßnahmen, zur Verfügung.

Im Januar 2022 fiel zudem der Startschuss für das Modellprojekt Kommunale Gesamtkonzepte (KpsE;„Kommunale Gesamtkonzepte zur Verbesserung der Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern“). Ziel ist es, eine system- und ressortübergreifende Entwicklung zu initiieren und landesweit die soziale Infrastruktur für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern zu stärken. Dazu werden modellhaft in drei rheinland-pfälzischen Kommunen Koordinierungsstellen geschaffen, die die lokale Vernetzung bestehender Akteurinnen und Akteure aus Jugendhilfe und Gesundheitswesen vorantreiben, Bedarfe erkennen, Unterstützungsstrukturen

ausbauen und damit ein kommunales Gesamtkonzept entwickeln. Eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe stellt die Zusammenarbeit und den Transfer auf Landesebene sicher.
Neben diesen präventionsbezogenen Maßnahmen spielt auch die Stärkung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen eine Rolle.

Die Landesregierung hat das wichtige Thema "Versorgung psychisch kranker Menschen" zum Gegenstand der Weiterentwicklung des Masterplans zur Sicherung der ärztlichen Versorgung gemacht. Gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern in der Gesundheitsversorgung, insbesondere mit der Landespsychotherapeutenkammer, Landesärztekammer und KV wollen wir die Versorgung stärken. Der Sicherstellungsauftrag für die ambulante Versorgung liegt bei der KV RLP.

Auch hat die Landesregierung das wichtige Thema "Versorgung psychisch kranker Menschen" zum Gegenstand der Weiterentwicklung des Masterplans zur Sicherung der Versorgung gemacht. Gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern in der Gesundheitsversorgung, wollen wir die Versorgung stärken. Ein unverzichtbarer Grundstein ist die notwendige Veränderung der Bedarfsplanung. Rheinland-Pfalz hat deshalb im September dieses Jahres in der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) einen fast einstimmigen Beschluss zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung erwirkt. Darin fordern die Länder die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Reform der Bedarfsplanung gesetzgeberisch auf den Weg zu bringen, damit der hierfür zuständige Gemeinsame Bundesausschuss der Selbstverwaltung diese Aufgabe endlich in Angriff nehmen kann. Im Vorgriff auf diese grundlegende Reform sollen zudem gesetzliche Regelungen für eine kurzfristige Reduktion der Wartezeiten auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung getroffen werden.

Nach Auffassung der Ministerpräsidentin gehört das Thema auch auf die Agenda der Regierungschefinnen und Regierungschefs. Sie hat daher einen weiteren Beschlussentwurf in die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten (MPK)

eingebracht. Dieser wurde durch die MPK einstimmig verabschiedet. In dem Beschluss wird der Beschluss der GMK bekräftigt. Da die notwendige Reform der Bedarfsplanung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder insbesondere auch die Bitte der Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister an den Bund aufgenommen, schnelle gesetzliche Regelungen für eine kurzfristige Reduktion der Wartezeiten auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung auf den Weg zu bringen.

Auch die nachhaltige Weiterentwicklung der psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung hin zu regionalen, sektorenübergreifenden Versorgungskonzepten mit attraktiven Arbeitsbedingungen für die immer knapper werdenden Fachkräfte, ist adressiert. So hat RLP in der letzten GMK einen Beschluss auf den Weg gebracht, in welchem die Länder das Bundesgesundheitsministerium auffordern, eine zügige Überführung der sektorenübergreifenden Versorgungsmodelle in entsprechende Regelfinanzierungen gemäß der Bundespflegesatzverordnung (BPflV) auf den Weg zu bringen. Diesem rheinland-pfälzischen GMK-Beschlussvorschlag haben sich alle anderen Bundesländer angeschlossen.

Abschließend möchte ich betonen, dass die Stärkung der Gesundheit im Allgemeinen sowie der psychischen Gesundheit im Spezifischen wichtige Gesundheitsziele in RLP sind. Gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren sind diese Themenfelder adressiert und werden aktiv vorangetrieben.

Vielen Dank!